

Presseinformation 44/2025

Keine Zeit für Verdrängung - Klare Zeichen für Klimaschutz setzen

Über sechs Milliarden Euro werden dem Stromkunden jährlich durch den Solarboom erspart, den die vergangene Bundesregierung ausgelöst habe. Diese Erfolgsgeschichte zurückdrehen zu wollen, wie es die Bundeswirtschaftsministerin immer wieder verkündet, sei eine schlechte Nachricht für alle Stromkunden im Land. Der Verband für Wirtschaft und Umwelt sowie der Landesverband Solarenergie haben stattdessen einen Forderungskatalog anlässlich der kommenden Landtagswahl in Rheinland-Pfalz an die Landesregierung und die Parteien im Land gerichtet.

Die Verbände stellen [29 Forderungen](#) auf, um den Solarenergieausbau und die Energiewende in Rheinland-Pfalz zu intensivieren. Die Ampelregierung in Mainz habe in der Legislaturperiode weder die selbstgesteckten Ausbauziele noch die viel höheren notwendigen Ausbauten für die Klimaneutralität erreicht. Deshalb müsse eine neue Regierung im kommenden Jahr deutlich ambitionierter die Energiewende fortführen. Vom Feuer zum Strom ist dabei das Motto der Verbände. Die Verbrennung von Gas, Öl und Kohle müsse eingestellt und strombasierte Technologien stärker gefördert werden.

Der Landessolarverband fordert deshalb eine Überarbeitung des Landessolargesetzes. Es müsse grundsätzlich ein Recht auf die Installation einer Solaranlage, verbunden mit einem Anschluss an das öffentliche Netz geben. Das Land müsse über den Bundesrat Angriffe der Bundesregierung auf den Solarausbau, wie die Einführung von Netzentgelte für kleine PV Anlagen oder die Abschaffung der festen Einspeisevergütung für den Verkauf von überschüssigem Strom abwehren. Die geschätzten 2–3 Mio. Parkplätze in Rheinland-Pfalz sind versiegelte Flächen, die mit Solarenergie doppelt genutzt werden können. Dasselbe treffe auch auf viele landwirtschaftliche Flächen im Sonderkulturanbau zu. Die positiven Aspekte von Solarfreiflächenanlagen müssten viel mehr beachtet und gefördert werden.

Der Verband für Wirtschaft ergänzt den Forderungskatalog. Die Energieagentur Rheinland-Pfalz soll ab der kommenden Wahl nicht mehr ausschließlich für die 200 Kommunen im Land tätig sein, sondern auch die 160.000 kleine und mittleren Unternehmen in Rheinland-Pfalz beraten und fördern, damit die Transformation gelinge. An vielen Stellen könne zum Bau von erneuerbaren Energieanlagen die Bürokratie abgebaut werden. Das Baugesetzbuch, die Landesbauordnung und der Landesentwicklungsplan müsse von überflüssiger Bürokratie entrümpelt und den Vorrang für erneuerbare Wind-, Solar- und Speicheranlagen deutlich vorsehen. Ein großes Augenmerk müsse eine zukünftige Landesregierung auf den Ausbau von Großspeichern, aber auch auf den netzdienlichen Einsatz von Kleinspeichern und Elektroautospeichern legen. Der nachhaltige Wirtschaftsverband fordert darüber hinaus Forschungsvorhaben, um eine großflächige Konversion vorhandener Infrastruktur (Gasbehälter, Öltanks, Betonkuben, etc.) bei mittelständischen Unternehmen für Sand-, Eis- oder Salzspeicher für Energie und Wärme zu fördern.

Für die Landwirtschaft fordern die Verbände einen eigenen Transformationsfonds, anstatt weiterhin klimaschädliche Subventionen an Landwirte zu verteilen und anschließend Klimaschäden durch Extremwetterereignisse erneut zu subventionieren. Die Windkraft führe in Rheinland-Pfalz ein Schattendasein, da aufgrund von Überregulierungen und Klagen der Ausbau massiv gehemmt werde. Hier müsse endlich ein Befreiungsschlag erfolgen. Die Kapazitäten für die Erstellung von Biogas seien ausreichend, um daraus eine Notreserve für sogenannte Dunkelflauten und eine Versorgungssicherheit aufzustellen. Dazu müsse eine Flexibilisierung eingeführt und auf Erdgaskraftwerke im Land vollständig verzichtet werden. Die Erzeugung und das Verbrennen von Erdgas sei hochgradig klimaschädlich und unnötig, da bessere Technologien zur Verfügung stünden.

Abschließend weisen die Verbände noch einmal daraufhin, dass ohne eine ambitionierte Klimapolitik im Lande der Wohlstandsabbau vorgezeichnet ist und sich das Leben durch den Klimawandel immer weiter verschlechtere.